Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 153. Freitag, 31. März 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21.— M., vierteljährlich 63.— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 50 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

PIANOS Weltmarke. **Wolfframm** FLÜGEL Weltmarke.
Verkauf nur VIKTORIAHAUS, Ringstraße Nr. 18.

Das gefährdete Vertrauensvotum für Wirth.

Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei

Unsichere Haltung der Unabhängigen.

Berlin, 30. März. Der Reichskanzler Dr. Wirth setzte sich mit den Koalitionsparteien in Verbindung und machte sie darauf aufmerksam, daß er unter allen Umständen auf eine Vertrauenserklärung bestehen müsse. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei trat gestern noch während der Vollsitzung zusammen und beschloß, den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen, aber auch ein Vertrauensvotum der Koalitionsparteien durch Stimmenthaltung abzulehnen. Vor der Abstimmung soll eine formulierte Erklärung verlesen werden, in der noch einmal zusammenfassend zum Ausdruck gebracht wird, wie sich die Partei zur Regierungserklärung verhält und welche Politik sie für richtig erachtet.

Die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei hat bei den Regierungsparteien überrascht. Man war bei der Rede Dr. Stresemanns darauf gefaßt, daß ein allgemein gehaltenes Vertrauensvotum die Billigung der Volkspartei finden werde. Die Koalitionsparteien hatten beabsichtigt, folgende Formulierung des Antrages vorzuschlagen: „Der Reichstag billigt die äußere Politik der Regierung". Durch den Beschluß der Volkspartei wurde veranlaßt, daß gestern die Vollsitzung abgebrochen wurde. Es fragt sich nur, wie sich die Unabhängigen verhalten werden.

Besprechungen der Koalitionsparteien.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 30. März. Die Vertreter der Koalitionsparteien des Reichstages traten mittags zu einer Besprechung über die Frage des Vertrauensvotums zusammen. Zu der Meldung eines hiesigen Mittagsblattes, wonach der Reichskanzler der Volkspartei mitgeteilt habe, daß er auf einem Vertrauensvotum bestehen müsse, wird amtlicherseits erklärt, daß eine solche Mitteilung an die Volkspartei „offiziell" nicht ergangen sei. Der gestrige Beschluß der Volkspartei, sich der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme zu enthalten, wurde in Abwesenheit Stresemanns gefaßt.

Wie der „B. A." zu der gestrigen Sitzung der Deutschen Volkspartei mitgeteilt wird, wurde in der Fraktionssitzung betont, die Fraktion könne nach den vom Abg. Stresemann abgegebenen Erklärungen einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Erfüllungspolitik des Reichskanzlers Dr. Wirth natürlich nicht einem Antrage zustimmen, der etwa die gesamte auswärtige Politik der Regierung billigt. Dagegen würde die Fraktion, die sich völlig mit den Ausführungen Stresemanns einverstanden erklärt hat, entsprechend seinen Ausführungen einen Beschluß des Reichstages, der die Erklärungen des Reichskanzlers gegenüber den Forderungen der Reparationsnote nochmals unterstreicht, auch ihrerseits unterstützen, um dem Nein des Reichskanzlers gegenüber den neuen Reparationsforderungen eine möglichst breite Basis innerhalb des Reichstages zu verschaffen. Verhandlungen darüber zwischen der Regierungskoalition und den Führern der Deutschen Volkspartei sind bereits eingeleitet. Anderseits wird berichtet, in der Regierung nahestehenden Kreisen sei man der Ansicht, es bestehe keine Aussicht mehr, die Deutsche Volkspartei für irgendeine Form des Vertrauensvotums zu gewinnen, die der Reichskanzler annehmen könnte. Es wäre demnach zu erwarten, daß das von den Koalitionsparteien einzubringende Vertrauensvotum umfassender die auswärtige Politik der Regierung gutheißt, was den Unabhängigen die Zustimmung erleichtern würde, die mit der Form der letzten Erklärung des Kanzlers nicht in allen Punkten einverstanden seien.

Die Konferenz zur Konsolidierung der Kriegsschulden.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Basel, 30. März. Der „Basl. Anz." meldet aus Zürich, daß die Konferenz mit den Alliierten betr. die Konsolidierung der Kriegsschulden in der dritten April-Woche zusammentreten soll. Die Vorbereitungen der Sachverständigen seien am Montag beendigt worden. In der Konsolidierungskommission wurden als Vertreter Amerikas bestimmt Schatzminister Mellon, Handelssekretär Hauer, Staatssekretär Hughes und zwei Senatoren.

Frankreich beharrt auf der Reparationsforderung.

Paris, 29. März. Schon gestern war die Rede Dr. Wirths den führenden französischen Politikern übermittelt worden. Man ist fast allgemein der Ansicht, daß Dr. Wirth nicht lange auf seinem Nein bestehen, sondern bald in allen Punkten nachgeben wird. Dabei weist man auf die bisherige Haltung der Reichsregierung und des Reichstages hin, die bisher immer nachgegeben hätten, wenn sie sich auch vorher noch so sehr gesträubt hätten. **Die französische Regierung will unbedingt auf die Einhaltung der Forderungen in der Reparationsnote dringen, möge es biegen oder brechen.**

Die „unabwendbare" Finanzkontrolle.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 30. März. Laut einem Londoner Telegramm des „Rotterdamsche Courant" verbreitet Reuter Dienstag früh die Meldung, daß der Beschluß der Reparationskommission vom 18. d. M., wonach Deutschland am 1. Juni der alliierten Finanzkontrolle unterworfen wird, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Pariser Finanzkonferenz gefaßt ist. Die Londoner „Times" meldet, daß nach Auffassung führender englischer Kreise die Finanzkontrolle über Deutschland endgültig sei, und daß nur noch über die Form der Ausführung der Kontrolle, nicht aber über die Tatsache selbst Verhandlungen mit Deutschland möglich seien.

Billigung der Reparationsnote durch die französischen Sozialisten.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genf, 30. März. „Journal du Peuple" meldet: Die Kammerfraktion der Sozialisten hat sich in zweitägigen Beratungen mit der Reparationsnote an Deutschland befaßt. Die Fraktion hat nach eingehender Aussprache keinen Anlaß finden können, derartige Maßregeln der Reparationskommission gegen Deutschland zu beanstanden, die dazu dienen sollen, die berechtigten Ansprüche der durch vieljährige Okkupation schwer beschädigten französischen und belgischen Landgebiete sicherzustellen. Auch in der Frage der Finanzkontrolle konnte die Fraktion keinen vertragswidrigen Eingriff (!) in die deutsche Rechte erblicken. Dagegen hält sie die Forderung nach neuen 60 Milliarden Steuern in Deutschland nur für durchführbar, wenn diese Steuern ausdrücklich als Besitzsteuern Deutschland auferlegt werden.

Eine neues Reparationsabkommen mit Amerika?

Washington, 29. März. Wie in Washingtoner Regierungskreisen bestimmt gesprochen wird, will Amerika mit Deutschland ein neues Abkommen für die Zahlungen der Reparationen abschließen.

Die Beurteilung der Rede Rathenaus.

Berlin, 30. März. Zur gestrigen Rede Rathenaus bemerkt die **„Kreuz-Ztg.":** Man kann Dr. Rathenau keinen Vorwurf daraus machen, daß er nicht geht, wenn Dr. Wirth bleibt, der ihn gerufen hat. Er wird also inmitten von fünf Millionen feindlicher Soldaten brav weiter erfüllen und nach dem wahren Frieden streben.

Der **„Berliner Lok.-Anz."** findet es verwunderlich, daß Rathenau sagte, daß Lloyd Georges Stern im Sinken sei. Und das 10 oder 14 Tage, ehe Rathenau in Genua mit Lloyd George zusammentreffen, mit ihm gemeinsame Politik machen wolle! Aber Rathenau setze ja nicht mehr auf Lloyd George, den er dem Anschein nach für erledigt halte, er setze auf eine Art Internationale der Wirtschaftsvernunft. Außerdem habe er noch einen anderen Grund für den Anker seiner Hoffnung gefunden: Amerika.

Die **„Deutsche Allg. Ztg."** hebt hervor, daß die gestrige Reparationsdebatte im allgemeinen ein hohes geistiges und politisches Niveau gezeigt habe und daß im Zusammenhang mit der Reparationsfrage selbst außerordentliche bemerkenswerte Erklärungen in einer Angelegenheit erfolgten, die für die deutsche Politik die größte Bedeutung haben.

Die **„Voss. Ztg."** verweist darauf, daß die volkswirtschaftlichen und reparationspolitischen Darlegungen von Cannes, die Rathenau gestern zum Teil wiederholte, auf die alliierten Staatsmänner, die seine Zuhörer waren, im Augenblick lebhaften Eindruck gemacht haben, daß aber dieser Eindruck in der Praxis der Reparationspolitik seither leider wieder durch die Bindung der Ententepolitiker und der Ententeparlamente an die Schlagworte und Illusionen zurückgedrängt wurde, die sie selbst in der öffentlichen Meinung ihrer Länder genährt und gefördert hätten.

Neue Milliardenfehlbeträge bei Eisenbahn und Post.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 30. März. Wie gestern im Reichstag verlautete, sollen für Monat März infolge des Marksturzes die Etats der Eisenbahn und der Post wieder Milliardenfehlbeträge aufweisen. Für die Eisenbahn wurde ein schätzungsweiser Betrag von 1½ Milliarde Mark genannt.

100 Prozent Gehaltserhöhungen!

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 30. März. Eine Beamtenversammlung in den Pharussälen erklärte in einer Resolution, daß der fortschreitende Rückgang der Kaufkraft der Mark die neuen Beamtengehaltserhöhungen überholt habe. Es seien mindestens weitere 100 Prozent Gehaltserhöhungen, rückwirkend ab 1. März, zu fordern. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Auch die Eisenbahner faßten am Dienstag in Versammlungen in Spandau und in Rummelsburg Beschlüsse für eine beschleunigte Erhöhung der neuen Gehälter und Löhne, entsprechend der weitergehenden Teuerung.

Schweizerische Ratifizierung des Schiedsvertrags mit Deutschland.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Basel, 30. März. Der schweizerische Bundesrat verhandelte über den deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag und beschloß einstimmig dessen Ratifizierung. Der Nationalrat ratifizierte gestern ebenfalls das Zonenabkommen mit Frankreich mit einem schwachen Mehr von 75 gegen 62 Stimmen.

Der neue schweizerische Gesandte in Berlin.

Bern, 30. März. Es bestätigt sich, daß der schweizerische Gesandte im Haag, Dr. Carlin, als Nachfolger Plantas für den Berliner Gesandtschaftsposten in Aussicht genommen worden ist. (W. T. B.)

Ad absurdum.

Von Karl Helfferich.

Die nachstehenden Ausführungen bilden das Schlußkapitel einer bemerkenswerten Schrift Dr. Helfferichs „Die Politik der Erfüllung", in der er einen geschichtlichen Ueberblick über die gesamte Reparationsfrage gibt und besonders die vernichtenden Wirkungen des Londoner Diktats und die verhängnisvollen Fehler der Annahme darlegt. Die Schrift erscheint im Verlage von J. Schweitzer (Arthur Sellier) in München.

Die Pariser Note der Reparationskommission hat die Nebel grausam zerstreut, die auf dem Schlachtfeld der „Reparation" lagen. Die Stellung von Freund und Feind ist jetzt für jedermann klar zu übersehen. Die deutsche Regierungspolitik hat ihren Aufmarsch unter grundsätzlich falscher Einschätzung der strategischen Ziele und taktischen Pläne des Gegners vollzogen. Sie steht jetzt beim Endkampf dem Gegner in einer nahezu aussichtslosen Lage gegenüber. Alle wichtigen, die Lage beherrschenden Positionen hat sie dem Gegner überlassen oder geradezu in die Hand gespielt.

Die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth-Rathenau beruhte zunächst auf dem Grundgedanken: „wir können erfüllen, wenn wir nur wollen" oder: „es gibt keine absolute Unmöglichkeit der Erfüllung"; es handle sich also darum, daß das deutsche Volk die Last und Not der Erfüllung mit ehrlichem Entschluß auf sich nähme, um schlimmeren Uebeln zu entgehen. Der erste Erfüllungsversuch, die Zahlung der ersten Goldmilliarde, enthüllte nach wenigen Wochen diesen Ausgangspunkt der „Erfüllungspolitik" als einen ungeheuerlichen Irrtum. Es zeigte sich, daß schon in den allerersten Anfängen der Erfüllungsversuch an der absoluten Unmöglichkeit der Erfüllung in kürzester Frist scheitern mußte. Der Preis für diese Erkenntnis war die Entwertung der deutschen Valuta von ein Fünfzehntel auf ein Fünfundsiebenzigstel Goldmark, in deren Gefolge die noch lange nicht abgeschlossene Teuerungskatastrophe, die Erneuerung und Verschärfung der sozialen Unruhe, die Zermalmung des Mittelstandes, der seit Jahrhunderten das Knochengerüst des deutschen Staates und des deutschen Volkstums ist.

Die Strategen der Erfüllungspolitik zogen aus ihrem ungeheuerlichen Irrtum nur die Folgerung, daß es gelte, für das Verhängnis eine beschönigende Formel zu finden. Erfüllungspolitik sollte jetzt bedeuten: durch den Versuch der Erfüllung die Unmöglichkeit der Erfüllung zu beweisen. Man pochte auf „Erfolge". Herr Dr. Rathenau, der Vertrauensmann und dann der auswärtige Minister des Erfüllungskanzlers, würde von Engländern und Franzosen höflich und fast als gleichberechtigt behandelt. Das Verdienst seiner Novemberreise nach London soll es gewesen sein, daß die maßgebenden Persönlichkeiten Englands die Undurchführbarkeit des Londoner Ultimatums erkannt hätten. Sein Verdienst soll es gewesen sein, daß in dem Dezemberbrief der Bank von England Deutschland, solange die Londoner Bedingungen bestehen, für kreditunfähig erklärt wurde, sein Verdienst die Aussicht auf ein Moratorium, auf ein internationales Konsortium für den Wiederaufbau — Rußlands, sein Verdienst die Versöhnungskonferenz von Genua zur „Untersuchung der Ursachen der allgemeinen Weiterkrankung."

Auf den Versöhnungs- und Wiederaufbauwillen der anderen hat das Kabinett Wirth-Rathenau alle seine Pläne und Verhandlungen eingestellt. Auf den Versöhnungs- und Wiederaufbauwillen der anderen war die Note vom 28. Januar an die Reparationskommission gemünzt, in der die „Politik des Unmöglichen" auf die Spitze getrieben wurde: zwar sei Deutschland mindestens für das Jahr 1922 zu irgendwelchen erheblichen Leistungen außerstande, aber trotzdem sei die deutsche Regierung bereit, „selbst die schwersten Bedenken für die deutsche Wirtschaft und die Finanzen des Reiches hinter die politischen Notwendigkeiten zurückzustellen." Was sind die politischen Notwendigkeiten? — Nichts anderes als das, was die Raffgier der Ententeregierungen aus uns herauszupressen für gut hält.

Die Antwort der Reparationskommission, datiert vom 22. März, dem 125. Geburtstage Kaiser Wilhelms I., ist die Quittung auf dieses Angebot der Unterwerfung unter diese „politischen Notwendigkeiten". Die Reparationskommission kassiert als Selbstverständlichkeit ein, was das Kabinett Wirth-Rathenau in der Note vom 28. Januar an Bar- und Sachleistungen für 1922 — entgegen bestimmten Erklärungen, die sie besorgten Fragestellern abgegeben hatte, — in nur schlecht verhüllter Form direkt angeboten hat: 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen in Sachleistungen.

Aber die Reparationskommission verlangt gleichzeitig für die Erfüllung konkrete Sicherheiten. Sie rechnet aus dem deutschen Haushaltsvorschlag nach, daß die Deckung für das deutsche Angebot nicht vorhanden ist. Hat nicht der Erfüllungskanzler in seiner Stunden Maienblüte gesagt, daß die „laufenden Kontributionen durch laufende Einnahmen zu decken sind." Die Reparationskommission hält ihn beim Wort. Daher die Forderung, daß noch für das Jahr 1922 über das jetzt in Verhandlung stehende Steuerkompromiß hinaus mindestens 60 Milliarden Mark neue Steuern geschaffen werden müssen, und zwar Steuern nach einem System, das die automatische Anpassung an die weitere Entwertung des deutschen Geldes gewährleiste. Da diese automatische Anpassung bei den Besitzsteuern, die nach Prozenten des Einkommens und Vermögens in progressiver Staffelung erhoben werden, ohne weiteres gegeben ist, kann diese Forderung nur bedeuten, daß die Verbrauchssteuern, soweit sie nicht nach dem Werte, sondern in bestimmten Sätzen nach Maß und Gewicht erhoben werden, in Steuern nach dem Wert umgewandelt werden, damit sie mit der Geldentwertung automatisch steigen.

SLUB
Wir führen Wissen.